



## Antrag

der Fraktionen von FDP und SPD

### Zentralisierung Rückkehrmanagement

Der Landtag wolle beschließen:

Schleswig-Holstein braucht ein funktionierendes Rückkehrmanagement. Der Landtag stellt allerdings fest, dass dies zurzeit in Schleswig-Holstein nicht existiert. Mit über 300.000 zu betreuenden Personen sind die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte schon heute überlastet. Spezielle Personen in den Ausländerbehörden, die sich nur um Rückführungen kümmern und insoweit das Know-how bündeln, gibt es nur in wenigen Kreisen. Außerdem ist die Organisation innerhalb der Ausländerbehörden in der Regel nicht nach Herkunftsländern aufgebaut. Entsprechend ist die Anzahl von Ausreise-, Überstellungs- und Rückführungsersuchen an das Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge, die als besonders arbeitsintensiv eingestuft werden müssen, insgesamt sehr gering. Auch die Anzahl der aus eigener Zuständigkeit des Landesamtes für Zuwanderung und Flüchtlinge organisierten Ausreisen, Überstellungen und Rückführungen sind sehr gering. Die derzeitige Verteilung auf das Landesamt für Zuwanderung und Flüchtlinge, sowie vor allem auf die Ausländerbehörden der Kreise und kreisfreien Städte, gewährleistet keine effektive Bearbeitung von Rückführungen.

Um eine Rückführung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen angemessen um- und durchsetzen zu können, bedarf es deshalb einer veränderten Organisation zur

Bündelung der Kompetenzen und Maßnahmen auf einer den Ausländerbehörden übergeordneten Ebene. Das gilt selbstverständlich auch für das Management freiwilliger Rückkehren, die ebenfalls zu bündeln sind. Die örtlichen Ausländerbehörden sollen deshalb von der Betreuung vollziehbar ausreisepflichtiger Personen entlastet werden. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, mit den kommunalen Landesverbänden in Gespräche darüber einzutreten, wie eine zentrale Organisation für das Rückführungsmanagement in Schleswig-Holstein geschaffen und in wessen Organisationshoheit sie angesiedelt werden soll. Dabei ist sicherzustellen, dass die jeweiligen Zuständigkeiten und Befugnisse der verschiedenen Ausländerbehörden für vollziehbar ausreisepflichtige Personen auf diese zentrale Organisation übertragen werden.

Bernd Buchholz

und Fraktion

Serpil Midyatli

und Fraktion